

Reader zur Demo

Aufstehen gegen Bildungs- und Sozialabbau

Redebeiträge gehalten
am Donnerstag 18.12.2003, Tübingen



Tübingen, Dezember 2003

Aufrufende:

AK Studiengebühren:

<http://www.protestzentrale.de.vu>

Linke Studentinnen Assoziation (LiStA)

<http://lista-tue.de.vu>

[solid]-Hochschulgruppe

<http://www.solid-tuebingen.de>

Social Forum Tübingen/Reutlingen,

<http://www.social-forum.de>

Zusammenschluss der Tübinger Fachschaften [Fachschaftsräte-Vollversammlung (FSR-VV)]

<http://fsrvv.de>

Young Struggle Stuttgart

Wohnprojekt Schellingstrasse, StipendiatInnengruppe der Hans Böckler Stiftung

Dieses Dokument ist im Internet verfügbar:

<http://www.social-forum.de/downloads/gegensozialabbau.pdf>

<http://www.protestzentrale.de.vu>

Inhalt

1. Redebeitrag von Christian Berg für die Fachschaften (FSRVV)	3
2. Redebeitrag der Linken StudentInnen Assoziation (Lista)	5
3. Grusswort des Social Forum Tübingen / Reutlingen	8
4. Solidaritätserklärung des Personalrats der Unikliniken	10
5. Redebeitrag von Collin Tück für den Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (FZS)	11

1. Redebeitrag von Christian Berg für die Fachschaften (FSRVV)

Die Bildungsausgaben und speziell auch die Ausgaben für die Hochschulen werden in fast allen Bundesländern massiv gekürzt. Folge ist, dass Seminare und Vorlesungen hoffnungslos überfüllt sind, ganze Fachbereiche und sogar Hochschulen zusammengelegt bzw. aufgelöst werden.

Seit bald sechs Wochen protestieren in der gesamten Bundesrepublik zahllose Hochschulen gegen die allorts angesetzten Kürzungen im gesamten Bildungs- und Sozialbereich. Sie wehren sich gegen den Aufbau sozialer Hürden, die durch die Einführung von Studiengebühren geschaffen werden und gegen die massiven Einsparungen ihrer Landesregierungen.

Baden-Württemberg ist ein Vorreiter, wenn es um Kürzungen im Bildungsbereich geht. 1997 führte es Langzeitstudiengebühren ein; im gleichen Jahr wurde im Rahmen des "Solidarpaktes" den Unis abgenötigt, bis 2006 10 Prozent ihrer Stellen zu streichen. Zusätzlich wurden 2001 an der Universität Tübingen insgesamt 97 Stellen an fast allen Fakultäten gestrichen, um ökonomisch attraktivere Fächer aufzubauen. Zum Wintersemester 2003/2004 wurde in Baden-Württemberg "Verwaltungskostenbeitrag" - eine versteckte Studiengebühr - in Höhe von 40 Euro eingeführt. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung des Lehrdeputats für ProfessorInnen beschlossen. Dies führt zu einer qualitativen Verschlechterung der Lehre.

Im Rahmen der Sparmaßnahmen im Landeshaushalt 2004 werden im Hochschulbereich mindestens 96 Millionen Euro eingespart. Damit bricht das Wissenschaftsministerium den Solidarpakt. Die Hochschulen haben dadurch keinerlei Planungssicherheit mehr und stehen vor dem finanziellen Kollaps.

Mit der vom Land verordneten Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen geht eine von Wirtschaftsinteressen geleitete Verschulung von Lehre und eine Verschärfung sozialer Ausschlusskriterien einher.

Es ist davon auszugehen, dass nach der Beseitigung letzter juristischer Hürden nächstes Jahr in Baden-Württemberg und anderen Bundesländern allgemeine Studiengebühren ab dem ersten Semester eingeführt werden. Eine solche Bildungs- und Sozialpolitik neoliberaler Ausprägung gibt die letzten Ansprüche an eine Öffnung des Bildungszugangs für Kinder aus finanziell und sozial schlechter gestellten Familienverhältnissen auf, denn: Studiengebühren wirken selektiv und verschärfen bestehende soziale Barrieren.

Die Erhöhung des Lehrdeputats von LehrerInnen sowie die Kürzungen im schulischen Bereich mindern die Qualität der schulischen Ausbildung und der individuellen Betreuungsmöglichkeiten noch weiter. Dies führt zu einer Verstärkung der Auslesefunktion von Schulen, wie sie schon allein durch das dreigliedrige Schulsystem institutionalisiert ist. Kürzungen auf dem Rücken von SchülerInnen und LehrerInnen tragen wir nicht mit!

Bildung beginnt im Kindergarten. Es darf nicht schon im Kindergarten zu einer sozialen Selektion kommen; der Besuch von Kindertagesstätten muss unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern allen Kindern offen stehen.

Wir fordern die flächendeckende Einführung von kostenlosen Kindertagesstätten- und Kindergartenplätzen anstatt der momentanen Streichungs- und Gebührenpolitik von Ländern und Kommunen in diesem Bereich.

Bildungspolitische "Reformen" wie die Kürzung von Hochschuletats, die Streichung von Stellen und die Einführung von Studiengebühren stehen im Zusammenhang mit einem an ökonomischen Verwertungskriterien orientierten Konzept von Bildung. Wir lehnen diese Entwicklung ab und fordern einen freien Bildungszugang und eine kritische, unabhängige Rolle der Bildung in demokratischen Strukturen an den Hochschulen als Grundlage für eine ausbeutungsfreie, solidarische, demokratische und emanzipatorische Gesellschaft.

Die Kürzungen im Bildungsbereich sind ein Teil der Politik des sozialen Kahlschlags auf allen Regierungsebenen. Und dies obwohl die Bundesrepublik Deutschland als Volkswirtschaft heute so reich ist wie nie zuvor. Diese Kürzungen führen zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit. Eine qualitativ hochwertige Bildung und soziale Absicherung muss allen Menschen gleichermassen offen stehen. Offensichtliche und heimliche Zugangshürden müssen abgebaut, nicht verstärkt oder neu errichtet werden. Gelder müssen an den richtigen Stellen investiert und gestrichen werden - Reduktion des Rüstungsetats, soziale Gerechtigkeit statt Steuergeschenke für Konzerne, Wiedereinführung der Vermögenssteuer! Wir lehnen die von der Bundesregierung geplanten und durchgeführten Reformen im Rahmen der Agenda 2010 vehement ab.

Wir solidarisieren uns mit sämtlichen streikenden und protestierenden Studierenden bundesweit und international sowie mit allen gesellschaftlichen Gruppen, die vom Bildungs- und Sozialabbau betroffen sind. Lasst uns gemeinsam unseren Protest auf die Straße tragen und uns dem Bildungs- und Sozialabbau entschieden widersetzen.

2. Redebeitrag der Linken StudentInnen Assoziation (Lista)

Hallo ich bin für die Linke StudentInnen Assoziation (Lista) hier. Heute ist schon viel darüber gesagt worden, dass den Verantwortlichen in der Politik Soziale Belange, Bildung und Kultur weniger Wert zu sein scheinen und welche fatalen Folgen das hat. Dabei sind Bildung und Sozialabbau zwei Seiten der selben Medaille. (Wenn man sich die aktuelle Krisenstimmung näher ansieht, dann könnte man zusammen mit den Krisenmangagern verzweifeln.)

Aus Politik und Wirtschaft hören wir täglich, dass wir uns die historisch mühsam abgerungenen sozialen Fortschritte nicht mehr leisten können. Defizite in Staats- und Sozialkassen, bei Ländern und in den Kommunen scheinen es zu beweisen. Die hohe Arbeitslosigkeit führt zu Lohnsteuerausfällen, Nachfragerückgang führt zu Gewerbesteuer ausfällen, demographische Faktoren gefährden die Rentenfinanzierung, die internationale Konkurrenz erfordert Flexibilisierung also Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, usw.

Als Reaktion auf diese Problemlage verordnet man uns ein Zeitalter der Reformen und blumig verkaufte Entsolidarisierung:

Die mit hohem Werbeaufwand inszenierte Agenda 2010 brachte bisher die Einführung der personal service agenturen des arbeitsamtes, durch die viele Arbeitslose in prekäre Verhältnisse gezwungen werden. Die Rentenreform wird das durchschnittliche Rentenniveau senken. Mit der Gesundheitsreform wurde beschlossen, dass der Zahnersatz keine Versicherungsleistung mehr ist und ab nächstem Jahr Praxisgebühren von 10 Euro pro Quartal zu zahlen sind.

Und im Jahre 2004, dem von Schröder gestern angedrohten "Jahr der Innovation" geht es erst richtig los.

Morgen nämlich wird im Bundestag mit grosser Mehrheit ein weiterer Schritt im Sozialdumping beschlossen werden. Neben den medial im Vordergrund stehenden Senkungen von Pendlerpauschalen und der Einkommenssteuer, welche die Spitzenverdiener gleichermassen beschenken wird wie arme ArbeitnehmerInnen, lauern dort Teile aus den Hartzpaketen III und IV. Einen "gelungenen Kompriss" stellt für die Koalitionäre samt Opposition z.B. dar, dass Arbeitslose bereits nach wenigen Monaten zu jeder Arbeit gezwungen werden können. Wer sich weigert diese anzunehmen, bekommt 30 % Leistungen gekürzt. Dasselbe droht denjenigen, die nicht bereit sind quer durch Deutschland der Arbeit hinterherzuziehen. Jugendliche bis 26 erhalten für 3 Monaten überhaupt keine Leistungen mehr, wenn sie sich nicht im nächstbesten Arbeitsvertrag ausbeuten lassen. Diese Zwangsarbeit heisst in der Ökonomie Arbeitsanreiz. Wem will man denn damit Arbeitsanreize bieten? 221.750 offene Stellen auf rund 4.184.000 Arbeitslose. Bei diesem Missverhältnis, kann den Verantwortlichen nicht einmal Naivität unterstellt werden.

Was vollmundig unter dem Label der bürokratiemindernden "Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe" vermarktet wird, bedeutet faktisch die Kürzung der maximalen Bezüge für Arbeitslose nach 8 bis 12 Monaten. Danach gibt's für alle nur noch Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau. 2,8 Millionen Menschen mehr werden keinen Kündigungsschutz mehr haben, weil in ihren Betrieben weniger als 10 Menschen arbeiten. Die Zuschüsse für Pendler werden gesenkt.

"Agenda 2010 - Deutschland bewegt sich" und zwar einen Schritt weiter in eine entsolidarisierte Gesellschaft.

Einer dieser Schritte war z.B. die faktische Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl 1994 wo ebenfalls auch aus Kosten umfassendere Selektion und Diskriminierung von Flüchtlingen beschlossen wurde.

Parallel zu den Entwicklungen auf Bundesebene sehen sich Kommunen und Ländern in ähnlichen Lagen und kürzen seit Jahren ihre Ausgaben für Kultur, Soziales und Bildung.

Hier werden die Gemeinsamkeiten erkennbar und hier müssen die StudentInnenproteste und die Proteste gegen Sozialabbau zusammenlaufen. Es darf nicht sein, dass wir Studierenden uns darauf einlassen, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen um Mittel zu konkurrieren.

Bildungsabbau ist nur ein Refrain der nervtötenden Schallplatte "Deutschland geht es schlecht und wir haben zu wenig Geld". Dieser Vorstellung gilt es zu dekonstruieren und ihre Protagonisten gilt es unglaubwürdig zu machen. An manchen Stellen ist es sicher notwendig genauer hinzusehen, woher die Finanzierungslücken stammen und worin gesellschaftliche Probleme bestehen. Ein Redebeitrag ist für schlüssige Argumentationen an diesen Stellen ungeeignet.

Aber eines dürfte sicher sein: Das als Deutschland bezeichnete geographische Gebiet gehört zu den reichsten Gegenden dieser Welt.

Ein Teil der Bevölkerung von Deutschland geht es ganz prächtig. Und das insbesondere seit 1997 die Vermögenssteuer abgeschafft wurde. 1998 besaßen die reichsten 10% dieses Landes mehr als 50% der Geldvermögen.

Auch viele Unternehmen florieren. Und das nicht nur wegen der hohen Quoten der Steuerhinterziehung, sondern u.a. weil 2001 die Steuer auf Unternehmensgewinne von 40% bzw. 30% auf 25% gesenkt wurde. Das vielbeschworene Problem der Sozialkassen ist neben der Verlagerung der Kosten der Wiedervereinigung, dass in diese nur lohnabhängig eingezahlt wird – unabhängig davon, welche Werte volkswirtschaftlich produziert werden.

Oder nehmen wir die Arbeitslosigkeit. Sie ist sicher eine Veränderung, die von allen Teilen der Gesellschaft eine Antwort verlangt, auch von den Reichen. Arbeitslosigkeit ist aber mitnichten nur ein Problem. Sie ist gleichzeitig ein Indikator dafür, dass wir historisch den begrüßenswerten Zustand erreicht haben, dass die volkswirtschaftliche Effizienz hoch genug ist, allen ein gutes Leben zu ermöglichen – unabhängig davon, ob alle Arbeiten.

Jetzt höre ich schon die tausend Argumente der ökonomisch geschulten Reformfreunde. Der internationale Konkurrenzdruck erfordere schlechtere Arbeitsbedingungen, die obengenannten Steuerentlastungen wären notwendig, wenn weiter Unternehmen im Inland Steuern zahlen sollen. Die Superreichen würden ihre Vermögen transferieren.

Der schwerwiegende Fehler der SPD und Grünen wie auch derjenigen, die sie gewährenlassen, ist nicht, dass sie teilweise aufrichtig glauben keine Alternative zu den ökonomischen Sachzwängen zu haben. Der Fehler ist, dass sie mit ihren beschönigenden Stillhalteparolen und ihren getarnten kleinen und grossen sozialen

Grausamkeiten Alternativen undenkbar machen, weil man mit der Wahrheit keine Wahlen gewinnt und keinen Spitzenplatz im Berufsleben ergattert.

Die Wahrheit wäre dann: Die aktuelle wirtschaftliche Lage erfordert, dass wir Fern aller kulturellen Moralvorstellungen Menschen ausgrenzen und an den Rand der Gesellschaft schieben. Die Logik der Wirtschaft erfordert eben, dass wir jetzt im eigenen Land ebenso Menschen in miserable Lebens- und Arbeitsbedingungen drängen, wie wir das in anderen Regionen ohnehin schon mit Menschen tun, die für einen Hungerlohn für unser Wohl arbeiten. Diese Wahrheit wäre unpopulär. (Egal ob wir der Meinung sind, dass Märkte keinen sozialen Wohlstand garantieren oder wir nur in Teilen Korrekturen nötig finden.) Hören wir endlich auf, so zu tun, als ob alles in Ordnung wäre.

Wir fordern alle Menschen, die sich für kritisch oder fortschrittlich halten, dazu auf, endlich über Alternativen nachzudenken. Parallel dazu müssen wir unseren Protest und Widerstand auf die Strassen tragen, damit ein Klima der Veränderung möglich wird. Unsere sozialen Kämpfe lassen sich nicht im Alleingang gewinnen. Der Kampf gegen Bildungsabbau und Sozialabbau ist der gleiche Kampf um globale Gerechtigkeit wie der als Antiglobalisierung bekannt gewordene Kampf auf den Strassen von Seattle, Genua und in Puerto Alegre. Oder wie es Kollege Schröder auszudrücken pflegt: "Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen!

3. Grusswort des Social Forum Tübingen / Reutlingen

Hallo,

vor fast 2 Jahren haben verschiedene soziale Initiativen und politische Gruppen aus der Region das social forum Tübingen/Reutlingen ins Leben gerufen. Vorbilder waren dabei das Weltsozialforum in Porto Alegre und die vielen lokalen und regionalen Sozialforen in Italien, die nach den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua 2001 gegründet worden sind.

Die Idee hinter dem social forum ist es, Kritik an der neoliberal-kapitalistischen Globalisierung zusammenzuführen, Initiativen und Proteste miteinander in Kontakt zu bringen, zu vernetzen und aufeinander zu beziehen, damit sie nicht isoliert von einander ablaufen.

Unsere Vielfalt soll zu unserer Stärke werden, damit alle gleichberechtigt ihre Stimmen erheben und ihre Rechte einfordern können. Gemeinsam, nicht gegeneinander.

Mitte Oktober diesen Jahres wurden von den Gruppen und Initiativen im social forum die Tübinger Aktionstage gegen Sozialabbau und die Agenda 2010 organisiert. Dabei wurden in zahlreichen Veranstaltungen und mit Aktionen auf der Straße und in Parteibüros die Auswirkungen der neoliberalen rot-grünen Bundespolitik, und auch die Spar- und Kürzungspolitik der Tübinger Oberbürgermeisterin thematisiert und angegriffen.

Auch Bildungspolitik wurde dabei zum Thema gemacht.

Auf Basis der breiten Beteiligung an diesen Aktionstagen und der guten Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit erhalten haben, haben die beteiligten Gruppen beschlossen, sich auch in den nächsten Monaten gemeinsam zu wehren gegen weitere Angriffe auf Errungenschaften, die einst in sozialen Kämpfen erstritten worden sind:

- Gegen lebenslanges Arbeiten zu immer schlechteren Bedingungen, statt Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der schrittweisen Befreiung von der Arbeit.
- Gegen die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche.
- Für Solidarität statt dem Ellbogenprinzip.
- Für ein Sozialsystem, dass Kranke und Alte nicht immer schlechter verwaltet, sondern die Bedingungen für ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben für alle zur Verfügung stellt!
- Und für einen gleichen, kostenlosen Bildungszugang für alle!

Dass sich die jüngsten Studierendenproteste in Deutschland und Europa in den Kontext einer breiten Bewegung gegen den Sozialabbau stellen ist ein gutes Zeichen.

Und auch hier in Tübingen ist mit dieser Demonstration heute ein weiterer Schritt getan, um wahrzunehmen und anzuerkennen, dass immer mehr Menschen in

unterschiedlichsten Bereichen betroffen sind, und dass isolierte, punktuelle Proteste keinen Sinn mehr machen.

Anfang Januar 2004 jährt sich übrigens der Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexiko zum 10. Mal. Der zapatistische Aufstand war die Geburtsstunde der neuen globalen Bewegungen, von denen wir ein Teil sind.

Die Zapatistas haben sich in ihren Dörfern erhoben, haben autonome Gemeinden gegründet, haben sich die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Freiheit selbst wieder angeeignet. Sie haben „Ya Basta“ gesagt und gezeigt, dass eine andere Welt nötig und möglich ist.

In diesem Sinne:

„Ya Basta, es reicht! Schluß mit Sozial- und Bildungsklau! Für eine andere Welt!“

Danke!

4. Solidaritätserklärung des Personalrats der Unikliniken

Liebe streikende Studierende, Kolleginnen und Kollegen,

der Personalrat des Universitätsklinikums Tübingen unterstützt die streikenden und protestierenden StudentInnen in ihren Forderungen gegen Bildungs- und Sozialabbau!

Wir freuen uns, dass sich immer mehr Studentinnen und Studenten zur Wehr setzen und gemeinsam für ihr Interesse an gut ausgebauten und gebührenfrei zugänglichen Bildungseinrichtungen streiten. Das ist für die Zukunft der gesamten Gesellschaft wichtig; eine gute Bildung ist von herausragender Bedeutung.

Die immer radikalere Kürzungspolitik im Hochschulbereich, eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtung des Hochschulwesens und die einseitige Ausrichtung der Hochschulen an Wirtschaftsinteressen sind Elemente einer verfehlten Politik. Der Sozialstaat wird abgebaut, privater Reichtum wird durch Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener gesteigert. Immer mehr Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge drohen die Privatisierung und damit der Verlust von demokratischer Gestaltung.

Auch die Beschäftigten der Uniklinik sind von dieser Politik unmittelbar betroffen. In diesem Jahr wurden über 100 Arbeitsplätze abgebaut und für das nächste Jahr sind bereits weitere Streichungen in Höhe von über 20 Millionen Euro beschlossen.

Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, die sich in den letzten Jahren durch den Sozialabbau einem massiven Leistungsdruck ausgesetzt sehen. Die Versorgung der Patienten kann auf Dauer so nicht mehr auf einem ausreichenden Niveau gehalten werden. In der Folge dieser Politik sind massive Einschränkungen in der Patientenversorgung zu befürchten.

Aber auch der Forschungs- und Lehrbetrieb leidet spürbar in Folge der Budgetkürzungen.

Eine gute Gesundheitsversorgung und eine hochwertige Bildung muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein. Am Universitätsklinikum kämpfen wir für den Erhalt unserer tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsbedingungen und für eine gute Krankenversorgung.

Es macht uns Mut, dass auch die Studierenden sich in diese Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit einmischen.

Im gemeinsamen Widerstand und Einsatz für eine andere, solidarische, demokratische und zukunftsorientierte Politik stehen wir an eurer Seite.

Johann Graf

Personalratsvorsitzender

U n i v e r s i t ä t s k l i n i k

T ü b i n g e n

5. Redebeitrag von Collin Tück für den Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (FZS)

Ich freue mich sehr, dass heute auch hier in Tübingen so viele entschlossen gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstrieren. Baden-Württemberg ist Vorreiter wenn es um Einsparungen an den Hochschulen und die Einführung von Studiengebühren geht, wie es auch im Aufruf zur Demo heute steht. Strafgebühren für Langzeitstudierende sind in BaWü schon seit langem beschlossene Sache. Nun sollen an den Hochschulen 96 Millionen Euro eingespart werden. Zusätzlich werden auch noch Studierende durch einen sog. "Verwaltungskostenbeitrag" zur Kasse gebeten, um den Landeshaushalt zu sanieren. Doch nicht nur in BaWü, sondern ebenso in fast allen anderen Bundesländern stehen unsere Kommilitoninnen und Kommilitonen vor ähnlichen Planungen ihrer Landesregierungen.

In Niedersachsen hat die Landesregierung ein sog. "Hochschuloptimierungskonzept" vorgelegt, das nichts als ein Kürzungsvorhaben darstellt. Zwei Fachhochschulen sollen geschlossen werden und viele Fachbereiche abgewickelt werden. Außerdem sind allgemeine Studiengebühren für jede und jeden ab dem ersten Semester geplant. Das Hochschulrahmengesetz sieht derzeit noch ein ansatzweises Verbot von Gebühren im Erststudium vor, doch man wartet darauf, dass dieses vor dem Bundesverfassungsgericht kippt.

Auch in Hessen sollen die Haushalte der Hochschulen massiv zusammen gestrichen werden. Parallel dazu sollen Strafgebühren für Langzeitstudierende und Studierende im Zweitstudium eingeführt werden. Durch die Mittelkürzungen wird die Qualität der Lehre noch weiter sinken, was automatisch zu längeren Studienzeiten führt. Die Studierenden, die unfreiwillig länger studieren, sollen auch noch zur Sanierung des Landeshaushalts zur Kasse gebeten werden.

Der rot-rote Senat in Berlin plant an den Hochschulen Einsparungen von rund 75 Mio. Euro. Die Umsetzung dieser Kürzungen hätte die Schließung ganzer Fachbereiche an allen Berliner Hochschulen zur Folge. Alle drei großen Universitäten in Berlin haben weitreichende Zugangsbeschränkungen angekündigt, falls die Kürzungspläne Realität werden. Auch in Berlin sind Studiengebühren im Gespräch. Senator Flierl versucht dabei, durch ein auf den ersten Blick harmlos erscheinendes Studienkontenmodell seine Planungen herunterzuspielen. Doch auch dieses Modell hätte fatale Folgen: Langzeitstudierende sollen abgestraft werden, außerdem soll die Finanzierung der Hochschulen an das Studienkontenmodell gekoppelt werden. Das heißt, insbesondere große Massenveranstaltungen mit wenig Präsenzzeit an der Hochschule und großem Arbeitsaufwand für die Studierenden außerhalb der Hochschule werden für die Hochschulen lukrativ.

In Sachsen-Anhalt sind ebenfalls Langzeitstudiengebühren und flächendeckende Mittelkürzungen geplant. Viele Fächer, zum Beispiel das Lehramt oder Ingenieurwissenschaften, sollen nur noch an einer der beiden Universitäten in Halle und Magdeburg angeboten werden. Begleitend sind umfangreiche Reformen der Hochschulstruktur geplant, die Studierende weitgehend aus Entscheidungsprozessen an der Hochschule ausschließen.

Auch in Bremen streiken unsere Kommilitoninnen und Kommilitonen derzeit gegen die dort geplanten Verwaltungsgebühren ab dem ersten Semester und gegen Strafgebühren für sog. Langzeitstudierende.

In Bayern sind von der Landesregierung flächendeckende Einschnitte in der Hochschulfinanzierung geplant. Auch dort wird gleichzeitig über allgemeine Studiengebühren laut nachgedacht.

Auch in den Ländern, wo derzeit nicht aktiv gestreikt oder protestiert wird, sind immer wieder Studiengebühren oder umfangreiche Kürzungspläne im Gespräch. In Nordrhein-Westfalen werden derzeit unter dem Label "Hochschulkonzept 2010" weitgehende Kürzungen geplant. Wissenschaftsministerin Kraft scheint sich außerdem auch auf ein Kippen des Hochschulrahmengesetz zu freuen, um dann allgemeine Studiengebühren einführen zu können.

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, bundesweit begegnet uns die gleiche Argumentation für eine ähnliche Politik: Die Kassen seien leer. Überall sollen die Hochschulen kaputt gespart werden, Studiengebühren erhoben werden, Studentinnen und Studenten ihrer Mitbestimmungsrechte beraubt werden! Aber der sog. Sachzwang ist konstruiert, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen. Ja, die Kassen sind knapp. Aber sie sind knapp, weil gezielte Steuer- und Finanzpolitik zugunsten von Unternehmen und Besserverdienenden betrieben wird. Jedoch ist die Bundesrepublik als Volkswirtschaft so reich wie nie zuvor. Aber das Geld ist durch die aktuelle Politik einfach falsch verteilt! Darunter leiden nicht nur die Studierenden und die Hochschulen, sondern auch Arbeiterinnen und Arbeiter, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, deshalb müssen wir uns auch gemeinsam mit anderen betroffenen Gruppen, z.B. den Gewerkschaften, gegen den Bildungs- und Sozialabbau wehren!

In BaWü sind beim kippen der letzten Hürde, des Hochschulrahmengesetzes, allgemeine Studiengebühren eher heute als morgen zu erwarten. Selbst die Grüne Landtagsfraktion fordert schon jetzt nachlaufende Studiengebühren für alle Master-Studiengänge. Ähnliche Rufe nach Studiengebühren begegnen uns derzeit tagtäglich von Politikerinnen und Politikern jeder Couleur. Auf Bundesebene trat kürzlich das Netzwerk Berlin, eine Gruppe junger aufstrebender Bundestagsabgeordneter der SPD, mit der Forderung nach nachlaufenden Studiengebühren an die Öffentlichkeit. Nachlaufend heißt, dass die Studierenden die Gebühren während des Studiums als Schulden anhäufen und nachher abbezahlen müssen. Quer durch alle Parteien zieht sich derzeit eine Gebührenfront, die oft Australien als leuchtendes Vorbild bezeichnet. Doch dort haben seit der Einführung von Studiengebühren die Universitäten immer weniger Geld erhalten, die Studierenden müssen dafür immer mehr zahlen. Der Staat stiehlt sich aus seiner Verantwortung! Und genau das, liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, ist es, was uns derzeit auf Bundesebene begegnet. Bildung ist ein öffentliches Gut und dient dem Wohle der ganzen Gesellschaft. Bildung ist mehr als nur eine Investition in unser eigenes Humankapital! Deshalb darf sich der Staat nicht immer weiter aus seiner Verantwortung zurückziehen, und dagegen müssen wir protestieren!

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, Studiengebühren können nie sozialverträglich sein! Egal ob Langzeitstudiengebühren, Studienkonten, nachlaufende Studiengebühren - jede Art von Studiengebühren macht die Bildungschancen vom eigenen Geldbeutel abhängig. Schon jetzt studieren kaum

Kinder aus sozial schwachen Schichten an den Hochschulen in Deutschland. In Österreich ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger nach der Einführung von Studiengebühren um 15% gesunken. Bei Australien wird häufig angeführt, dort sei die Zahl gestiegen. Dies sagt aber nichts über die soziale Zusammensetzung aus! Außerdem wurden dort vor der Einführung von Studiengebühren größere Reformen des Hochschulsystems durchgeführt und es wurden massiv Studienplätze geschaffen. Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, wir brauchen dringend mehr Akademikerinnen und Akademiker, und nicht weniger. Da sind Studiengebühren ganz klar der falsche Weg!

Oft wird auch argumentiert, der Kindergarten koste schließlich auch Geld. Doch das ist kein Grund für Studiengebühren! Soziale Selektion darf nicht schon im Vorschulalter ansetzen. Daher müssen auch Kindergärten als Teil des Bildungssystems öffentlich finanziert und gebührenfrei sein!

Wir können mit dieser Politik nicht einverstanden sein! Wenn wir wollen, dass unsere Bildungschancen, und auch die der nächsten und übernächsten Generation, nicht kaputt gespart werden, müssen wir uns jetzt dagegen wehren! Auch wenn wir nicht wollen, dass in Zukunft nur noch studieren darf, wer es sich leisten kann, müssen wir jetzt protestieren! Nur wenn wir es jetzt schaffen, unseren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir die Chance, gehört zu werden!

Letztes Wochenende haben wir mit den bundesweiten Demonstrationen erstmals bundesweit ein deutliches Zeichen gegen die derzeitige Politik gesetzt. Doch dabei darf es nicht bleiben! Die Demonstrationen waren erst der Anfang eines bundesweiten Protests gegen Bildungs- und Sozialabbau. Wir müssen auch im nächsten Jahr weiter so entschieden wie jetzt gegen diese Politik demonstrieren! Wir dürfen uns nicht gegen andere soziale Gruppen wie Arbeiterinnen und Arbeiter oder Erwerbslose ausspielen lassen. Es geht nicht darum einen Verteilungskampf um die knappen Mittel zu gewinnen, sondern gegen die Politik, die leere Kassen schafft, zu protestieren! Lasst uns weiter den Protest gemeinsam mit anderen Gruppen auf die Straße tragen!